

Land, Brot, Frieden

Richard Brenner, November 2013

Viele Menschen sind heute zurecht misstrauisch gegen Regierungen und Politiker aller Art und fragen sich, ob die Bolschewiki sich nicht ein angenehmes Leben gemacht haben, nachdem sie vom Untergrundkampf zu Macht und Einfluss gelangt waren. Aber während der ersten Jahre der russischen Revolution, als die Sowjetdemokratie und der revolutionäre Unternehmungsgeist der Massen sich auf dem Höhepunkt befanden, trafen die Bolschewiki auch Vorkehrungen gegen Bürokratie, Privilegien und Machtmissbrauch.

Gegen „Postenjagd und Karrierismus“ erhielten die Mitglieder des Rates der Volkskommissare, d.h. die von den Sowjets gewählte Regierung (die unspektakuläre Bezeichnung „Kommissar“ entspricht dem Rang eines Staatsministers) den Durchschnittslohn eines Facharbeiters. Alle arbeitenden Menschen sollten Waffen tragen, so dass die Revolution gegen jede Bedrohung von innen oder außen geschützt werden konnte und einflussreiche Generäle oder Würdenträger daran gehindert werden konnten, selbst die Macht zu übernehmen.

In den kapitalistischen „Demokratien“ werden Parlamente gewählt, indem die Wahlberechtigten alle paar Jahre ihr Kreuz auf den Stimmzettel setzen. Aber die Sowjets bezogen ihre Autorität aus regelmäßigen Massenversammlungen in Fabriken und Landwirtschaftsbetrieben ganz Russlands.

Anders als Parlamentsabgeordnete heute konnten die Sowjetabgeordneten jederzeit von den ArbeiterInnen, die sie gewählt hatten, wieder abberufen und ersetzt werden. Sowjets auf Ortsebene entsandten Delegierte zu höheren regionalen und zum allrussischen Sowjet. So versetzte das Sowjetsystem die arbeitende Bevölkerung in die Lage, Kontrolle über jeden Aspekt des politischen Lebens und jede Entscheidungsfindung auszuüben. Es war eine Regierung der Arbeiterklasse und der bäuerlichen Mehrheit, keine Regierung einer winzigen bürgerlichen Minderheit.

In allen Lebensbereichen verfolgten die Bolschewiki ein Programm der Befreiung. Den lange durch den Zarismus unterdrückten nationalen Minderheiten wurde volle Freiheit gewährt, v.a. das Recht auf nationale Selbstbestimmung einschließlich des Rechts auf Errichtung eines eigenen Staates. Die den großrussischen Chauvinismus begünstigenden Privilegien wurden abgeschafft.

Frauen, die unter dem alten Regime so lange in mittelalterlicher Knechtschaft gehalten worden waren, wurden zum Kampf für ihre eigene Befreiung mobilisiert und mit den materiellen Mitteln dafür ausgestattet, so mit staatlicher Kinderfürsorge, massiven Bildungsprogrammen und Gesetzesänderungen, die sie als gleichberechtigte Bürgerinnen akzeptierten.

Gesetze gegen Homosexualität, die in vielen „zivilisierten“ westlichen Gesellschaften noch heute bestehen, wurden abgeschafft. Künstler, befreit von der Tyrannei staatlicher Zensur, wurden zu Experimenten und zu Versuchen, sich ein Massenpublikum zu erobern, ermuntert. Viele sind heute noch erstaunt über die schöpferische Kraft, die in Russland nach der Oktoberrevolution hervorbrach und sich in auch in Film, Theater, Literatur, Musik oder Malerei äußerte.

Obwohl die neue Regierung viele revolutionäre Maßnahmen auf dem weiten Feld des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens einführte, wurde die russische Revolution v.a. berühmt durch die Losung „Brot, Land, Frieden“. Auf diesem Gebiet erreichten die Bolschewiki etwas, was die Kapitalisten des Westens nie von einer Regierung erwartet hätten - sie hielten ihre Versprechen.

Brot

Der Krieg und die ruinöse Politik des Zaren und Kerenskis hatten die russische Wirtschaft in einem zerrütteten Zustand zurückgelassen. Das konnte nicht über Nacht behoben werden. Zur Verbesserung der Ernährung mussten die Bolschewiki den Reichen und Spekulanten die Kontrolle über die Nahrungsversorgung entreißen und den hungernden Massen übertragen.

Nur drei Tage nach ihrer Machtübernahme erließ die neue Sowjetmacht eine Verfügung, wonach die Nahrungsmittelversorgung unter Kontrolle der örtlichen Vertretungen gestellt wurde. Vier Tage später wurden die ArbeiterInnen ermutigt, die Kontrolle über die Fabriken zu übernehmen. Sie sollten alle Geschäftsunterlagen und Konten prüfen, um zu durchkreuzen, dass die Reichen sich weiter auf Kosten der ArbeiterInnen versorgten. Die Beschlüsse der Fabrikausschüsse wurden für verbindlich erklärt. Die Regierung schaffte außerdem alle "Geschäftsgeheimnisse" ab, so dass die Unternehmer die Bevölkerung nicht länger über die Versorgungslage belügen konnten.

Auf allen Gebieten ermunterte die Regierung die Eigeninitiative von unten. Lenin erklärte dazu: *"Und während die bürgerlichen Parlamente aller Länder und Staaten, in den Schranken des Kapitalismus und des Eigentums befangen, die revolutionäre Bewegung niemals und nirgends irgendwie unterstützt haben, diktieren die Sowjets, die die Flamme der Revolution entfachen, dem Volk gebieterisch: Kämpfe, nimm alles in Deine Hände und organisiere Dich!"* (Lenin, Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, in: LW, S. 438)

Die Massen antworteten lebhaft auf diese Herausforderung. Vor der Revolution verfolgte das zaristische Regime bezüglich Nahrungsmittel und Nachschub eine Beschlagnahmepolitik, die ihren Kriegsanstrengungen diene. Diese Praxis wurde unter der Sowjetmacht fortgesetzt, aber mit einschneidenden Unterschieden: Die Sowjets beschafften Versorgungsgüter, um das Volk zu ernähren und nicht, um den imperialistischen Krieg zu verlängern; die Beschaffung wurde vom Volk selbst durchgeführt und nicht von der Polizei des Zaren und enteignet wurden nur die Reichen.

Überall in Russland nahmen die Sowjets die Lebensmittel den keine Not leidenden Kaufleuten ab; sie stürmten deren Häuser mit der selben Rücksichtslosigkeit, die vordem gegen die Armen angewendet worden war. Sie beschlagnahmten nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Bettzeug, Winterkleidung, Schuhwerk. Die Obdachlosen wurden in den geräumigen Zweit- und Drittwohnsitzen der Reichen untergebracht. All dies war jetzt gesetzlich und wurde vom Sowjetregime gefördert. Die ArbeiterInnen waren nun die Herrscher Russlands - und mussten ernährt, gekleidet und mit Wohnraum versorgt werden.

Frieden

Die Bolschewiki handelten, um Russlands Leiden im blutigen imperialistischen Krieg, der schon fast vier Jahre wütete, zu beenden. Das erste Dekret des Sowjetkongresses war ein Anschlag auf die Fundamente der kriegstreibenden kapitalistischen Regierungen von Britannien, Deutschland und Frankreich: *"Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.-25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen für einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen."* (Dekret über den Frieden, in: Die ersten Dekrete der Sowjetmacht, Berlin (Ost) 1987, S. 48)

Die neue Regierung erklärte, dass es keine Gebietseroberungen geben solle und dass keine Nation in einem anderen Staat gegen ihren Willen verbleiben solle. Für die Kapitalisten war das schon schlimm genug. Aber es sollte noch ärger kommen! Der Sowjetstaat setzte alle Geheimabkommen des Zaren mit ihren Verbündeten Britannien und Frankreich außer Kraft. Künftig veröffentlichte er alle diplomatischen Verhandlungen und Vereinbarungen, nichts wurde vor dem Volk verheimlicht.

Bald kam die Wahrheit über die wirklichen Beweggründe für den Krieg heraus. Die Bolschewiki veröffentlichten alle Dokumente mit den Geheimklauseln der russischen Kriegsallianz und listeten die Eroberungen fremder Gebiete auf, die dem Zaren von den Imperialisten versprochen worden waren.

Die Friedenserklärung der Bolschewiki war unter den Bedingungen so vernünftig wie möglich. Wenn sich die deutsche und die alliierten Regierungen weigern würden, Zugeständnisse zu machen und den Krieg zu beenden, wäre den ArbeiterInnen weltweit klar, wer für das weitere Abschlachten in den Schützengräben verantwortlich war.

Die Hauptverbündeten des Zaren, Britannien und Frankreich, schäumten vor Wut bei dem Gedanken an einen Separatfrieden Russlands mit Deutschland. Ihr Blut gefror, als am 7. November 1917 Trotzki über Rundfunk alle am Krieg hauptbeteiligten Länder zu unverzüglichen Verhandlungen über ein allgemeines Friedensabkommen aufrief.

Die deutschen Kapitalisten und Generäle waren verhandlungsbereit, weil sie eine Chance sahen, ihre Armeen von der Ostfront abziehen und nach Westen schicken zu können, um den Stellungskrieg in den Schützengräben Frankreichs und Belgiens aufzubrechen. Aber als Imperialisten waren sie natürlich nicht bereit, die demokratischen Bedingungen Sowjetrusslands anzunehmen: keine Gebietsanschlüsse, keine Zahlungen an die Sieger und Selbstbestimmungsrecht für alle Völkerschaften.

Die Friedensverhandlungen begannen in Brest-Litowsk im Dezember 1917. Vor Trotzki's Anknunft versuchten die Imperialisten, durch üppiges Essen, viel Wein und Schmeicheleien, die sowjetische Abordnung zu beeindruckern und zu kaufen. Aristokraten und Generäle tauschten Artigkeiten mit den Sowjetvertretern - Arbeitern, Soldaten, Bauern und hartgesottene Revolutionären - aus. Unter ihnen ragte die Witzenkaja heraus - nicht nur als Frau aus der ausschließlich männlichen Gesellschaft herausstach, sondern auch als ehemalige Terroristin, die einen der Kriegsminister des Zaren getötet hatte.

Dann erschien Trotzki. Er bereitete dieser verlogenen Freundlichkeit sofort ein Ende. Von Stund an nahm die russische Delegation ihre Mahlzeiten getrennt ein, es gab keinen Anlass zur Verbrüderung mit diesen Feinden der Arbeiterklasse, die auch als solche behandelt wurden. Der österreichische Außenminister kam nicht umhin, seinem Tagebuch anzuvertrauen: *„Es scheint ein wesentlich anderer Wind zu wehen als das letzte Mal.“* (Zitiert in: Trotzki, Mein Leben, S. 316)

Allen Schmeicheleien und Drohungen gleichermaßen unzugänglich verteidigte Trotzki das Recht der Sowjets, an die deutschen Soldaten Flugblätter mit Aufrufen zur revolutionären Erhebung zu verteilen. Er beharrte zum Entsetzen der Generäle und Adelligen auf der Transparenz der Verhandlungen statt der üblichen Verschleierung. Er lenkte ständig die Aufmerksamkeit auf die Eroberungs- und Anschlusspolitik der deutschen und österreichischen Regierung und forderte, alle Nationen sollten über ihre eigene Zukunft selbst entscheiden. Als der deutsche General Hoffmann das Sowjetregime der Gewaltherrschaft bezichtigte, erwiderte Trotzki:

„Was die Regierung der anderen Länder an unseren Handlungen verblüfft und abstößt, ist die Tatsache, dass wir nicht Streikende, sondern Kapitalisten verhaften, die Arbeiter aussperren; ist die Tatsache, dass wir Bauern, die ihr Land fordern, nicht niederschießen, sondern die Gutsbesitzer und die Offiziere verhaften, welche den Versuch machen, die Bauern niederzuschießen.“ (Trotzki, Mein Leben, S. 322/323)

Die Deutschen waren entschlossen, die härtesten Bedingungen auszuhandeln. Sie weigerten sich, ihre Truppen von den besetzten Gebieten auch nur einen Millimeter zurückzuziehen.

Bis Januar 1918 blieben die Gespräche ergebnislos. Die Bolschewiki standen vor der scheußlichen Wahl, den deutschen Forderungen nachzugeben und Land an die Imperialisten abzutreten oder den Krieg fortzusetzen, den sie zu beenden versprochen hatten.

Sie waren über die mögliche Antwort gespalten. Lenin befürwortete einen schnellstmöglichen Frieden, während Bucharin u.a. für einen revolutionären Krieg waren. Trotzki entschied sich weder für die eine noch die andere Lösung, sondern schlug vor, die Verhandlungen möglichst lange hinauszuzögern - in der Hoffnung, dass die Revolution in Deutschland und Österreich ausbrechen und die Isolation Sowjetrusslands beenden würde.

Der Streit wurde von den verschiedenen Lagern der Bolschewiki hart und auch öffentlich geführt. Schließlich setzte sich Trotzki's „Mittelposition“ durch.

Zurück in Brest-Litowsk umriss Trotzki den sowjetischen Standpunkt wie folgt: "Wir können die Unterschrift der russischen Revolution nicht unter einen Friedensvertrag setzen, der Unterdrückung, Leid und Unglück für Millionen menschliche Wesen bringt."

Russland würde den Krieg ohne Friedensvertrag beenden. Die Armee würde demobilisiert werden. Etwas Derartiges hat es weder vor- noch nachher gegeben. "Unerhört!", tönte General Hoffmann. Die Delegierten verließen in erstarrtem Schweigen den Verhandlungsort.

Trotzki betrachtete dies als Triumph. Doch während er sich noch auf dem Heimweg nach Petrograd befand, erhielten deutsche Truppen den Befehl zum Vorrücken auf russisches Gebiet.

Lenin hatte recht behalten. Durch die Verzögerung beim Friedensschluss gingen sogar noch mehr Gebiete verloren. In ihrem erschöpften Zustand war von der russischen Armee keine Fortsetzung des Krieges zu erwarten. Mitte Februar hatten die Deutschen Dwinsk eingenommen und schickten sich an, die ganze Ukraine zu erobern.

Am 18. Februar war Trotzki's Position nicht länger haltbar. Er schloss sich Lenins Haltung an. Die Sowjetregierung bat um ein Friedensangebot. Die deutschen Bedingungen waren erschreckend, viel schlimmer noch, als Lenin es erwartet hatte. Sowjetrussland musste sich aus Finnland und der Ukraine zurückziehen sowie Lettland und Estland an Deutschland abtreten. Eine wichtige Lehre musste in harter Form verarbeitet werden: Revolutionäre können nicht aus Prinzip alle Kompromisse ablehnen.

Allerdings besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen einem Verräter, der ohne Not die Rechte oder Interessen der Arbeiter preisgibt, und einem Realisten, der die zeitweilige Stärke des Feindes anerkennen muss.

Sowjetrussland büßte im Frieden von Brest-Litowsk viel ein. Aber der Arbeiterstaat überlebte. Binnen Monaten wurde Lenin durch den Lauf der Ereignisse sogar mehr als erhofft bestärkt. Der deutsche Imperialismus hatte seine wahren Absichten enthüllt: die Eroberung und die Inbesitznahme von Gebieten ebenso wie die Missachtung der Rechte kleinerer Nationen. Aber unter der deutschen Besatzung leisteten die Bauern der Ukraine und Südrusslands Widerstand und banden die deutschen Heeresverbände.

Im November 1918 war der Krieg beendet und die Revolution brach in Deutschland aus. Der Kaiser wurde gestürzt und Russland von den Fesseln des Friedensvertrages von Brest-Litowsk befreit. Trotzki bewies abermals seine revolutionäre Integrität, indem er seinen Fehler zugab. Er erklärte dies öffentlich auf einer Tagung des obersten Sowjet am 3. Oktober 1918:

"Ich betrachte es in diese autoritativen Sitzung als eine Pflicht, zu erklären, dass in jener Stunde, als

viele von uns, darunter auch ich, daran zweifelten, ob es nötig sei, den Brest-Litowsker Frieden zu unterschreiben, nur der Genosse Lenin hartnäckig und mit unvergleichlichem Scharfsinn gegenüber vielen von uns darauf bestand, dass wir durch dieses Joch hindurchgehen müssten, um bis zur Revolution des Weltproletariats auszuharren. Und jetzt müssen wir erkennen, dass nicht wir recht gehabt haben.“ (Trotzki, Mein Leben, S. 340)

Die Idee der Unfehlbarkeit von Autoritäten gehört zur katholischen Kirche und zu kapitalistischen Diktaturen. Sie hat keinen Platz in der revolutionären Bewegung. Selbst in großen Krisen sehen wirklich große Arbeiterführer wie Trotzki Fehler ein und lernen daraus.

Land

Das Versprechen „*Land, Brot und Frieden*“ wurde durch sofortige Maßnahmen umgesetzt. Am 26. Oktober, nur einen Tag nach der Revolution, gaben die Bolschewiki einen Erlass heraus, der zuvor mit Erklärungen hunderter Bauernsowjets in ganz Russland vorbereitet worden war.

Der erste Absatz des neuen Gesetzes fasste den tiefgreifenden Wandel, der vorgeschlagen wurde, zusammen: *“Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.“* (Die ersten Dekrete der Sowjetmacht, S. 54, Berlin (Ost), 1987)

Dies war auch Teil des Programms der Sozialrevolutionäre. Aber sie hatten sich geweigert, ihn durchzuführen. Die Bolschewiki taten es ohne Umschweife.

Ursprünglich wollten die Bolschewiki die Aufteilung der großen Ländereien unter den Bauern vermeiden, um eine großangelegte Kollektivlandwirtschaft als Teil der sozialistischen Planwirtschaft entwickeln zu können. Aber sie wussten, wann Kompromisse unvermeidlich waren, ohne die sozialistischen Ziele preiszugeben. Die Grundbesitzer waren durch die gewaltsame Bewegung von unten auf dem Land gestürzt worden. Die Aufteilung der großen Güter in hunderttausende kleine Landflächen hatte bereits begonnen.

Also änderten die Bolschewiki ihre Politik und erkannten die Landnahmen offiziell an. Lenin erklärte:

“Die alte, durch den bewaffnete Aufstand gestürzte Regierung wollte die Bodenfrage mit Hilfe der nicht abgesetzten alten zaristischen Bürokratie lösen. Aber anstatt die Frage zu lösen, führte die Bürokratie lediglich einen Kampf gegen die Bauern. Die Bauern haben in den acht Monaten unserer Revolution manches gelernt, sie wollen selber alle Bodenfragen lösen. Deshalb sind wir gegen jede Abänderung dieses Gesetzentwurfs, wir wollen keine Detaillierung, weil wir ein Dekret und kein Aktionsprogramm schreiben. Rußland ist groß und die örtlichen Verhältnisse in Rußland sind mannigfaltig. Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, dass die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, dass es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, dass es dem Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.“ (Lenin, Zweiter Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Rede zur Bodenfrage, in: LW 26, S. 252/253)

So konnte sich das neue Arbeiterregime des Rückhalts der Millionen Bauern versichern.